CDU

Fünf Millionen – wofür?

Ein unauffälliger Wirtschaftsprüfer aus Frankfurt hat die vor Jahren noch marode Christen-Union finanziell saniert. Mit zweifelhaften Methoden und undurchsichtigen Geschäften kümmert sich der Kanzler-Intimus Horst Weyrauch um Spenden für die Partei und dient dem CDU-Kanzler nebenher als Manager für größere und kleinere Krisen.

CDU-Wirtschaftsprüfer Weyrauch
„Persönliches hintanstellen“

Als Helmut Kohl noch Pennäler war, 1947 im zerbombten Ludwigshafen, lernte er eifrig fürs Leben – bei einem katholischen Dekan.

Lehrmeister des 17jährigen war der Priester Johannes Fink, der erste Vorsitzende der CDU in der Pfalz. Einen klugen Rat des Klerikers hat der Politiker Kohl nie vergessen: „Das Wichtigste in der Politik ist, die Kasse muß stimmen.“ Der Priester, fügt Kohl stets hinzu, habe das „auf eine pastorale Art“ gesagt, also mehr aufs Seelenheil bezogen.

Zumindest was das Materielle angeht, hat der Kanzler den Rat offenbar klug beherzigt. Die Bundespartei, die 1989 über 40 Millionen Mark Schulden hatte und so klamm war, daß im Konrad-Adenauer-Haus der Kaffee rationiert wurde, weist inzwischen ein Guthaben von knapp 25 Millionen Mark aus. Die Gesamtpartei, einschließlich der Landesverbände, verdoppelte ihr Vermögen von 70 auf 140 Millionen Mark (siehe Grafik).

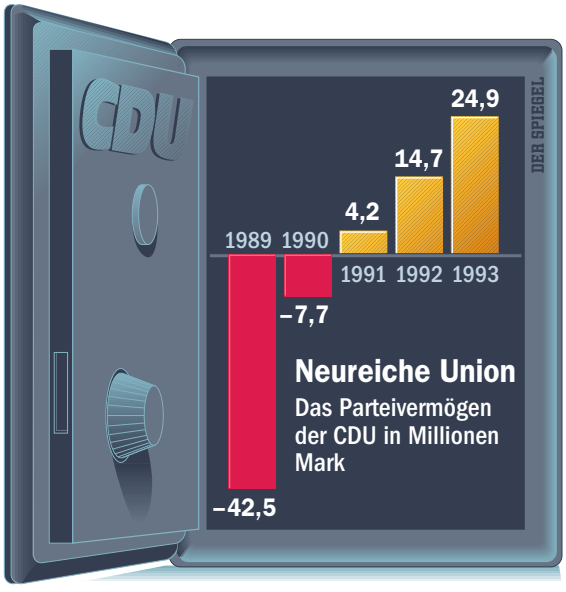
Der neue Reichtum der CDU ist zum einen Teil auf trickreiche Finanzmanöver nach der Wende zurückzuführen. Noch heute reden CDU-Obere ungern darüber, auf welche Weise sie beispielsweise rund 13 Millionen Mark aus den Beständen von Ost-CDU und Demokratischer Bauernpartei in die CDU-Kassen schleusten.

Für den anderen Teil des christdemokratischen Wohlstandes steht auch einer, der weder über ein CDU-Mandat noch über ein politisches Amt verfügt. Selbst manchen CDU-Spitzenleuten ist sein Name kein Begriff: Horst Weyrauch, ein unauffälliger Mann von 62 Jahren, der im Frankfurter Bankenviertel eine bescheidene Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsfirma betreibt.

Weyrauch ist die graue Eminenz im Finanzreich der Christen-Union. Er legt verdeckte Gelddepots für die Partei an, bunkert hohe Summen auf Nebenkonten, gründet Firmen für die Kanzler-Partei. Nebenher betreut er Drückerkolonnen, die mit zweifelhaften Methoden Spenden für die CDU eintreiben.

Weyrauch gilt als Intimus von Helmut Kohl. Er und seine Leute gehen beim Kanzler ein und aus. Wenn der Regierungschef Probleme mit Geld hat, telefoniert er Weyrauch hinterher. Wenn der Hesse Gefahr für die CDU wittert, horcht Kohl auf. „Der Kanzler vertraut ihm“, sagt ein enger Kohl-Mitarbeiter.

Weyrauch ist von britischer Diskretion. Er ist verläßlich und treu – in Kohls Diktion heißt das: „eine tragfähige menschliche Beziehung“.



Weyrauch ist Kohls Manager für größere und kleinere Krisen; aus von Weyrauch kreierten Finanztöpfen werden unruhige CDU-Verbände ruhiggestellt. Für politische Werbekampagnen fließen dem Parteivorsitzenden aus Weyrauchs Schatulle Gelder zu, über deren Herkunft selbst CDU-Größen rätseln. Nicht einmal die gewählten Kassenprüfer kennen die kunstvoll angelegten Wege, auf denen Weyrauch horrende Geldsummen bewegt.

Die Geheimniskrämerei des Parteivorsitzenden Kohl mit seinem Weyrauch hat einleuchtende Gründe: Sie soll verdecken, daß die Union die ange-

stammten Pfade der Parteienfinanzierung längst verlassen hat.

Weyrauch hat für die Partei ein raffiniertes Spendenkonzept erarbeitet: Die Union soll nicht mehr auf die eher zufälligen Gaben politischer Sympathisanten warten. Unter seiner Stabführung wurden potentielle Geldgeber deshalb zu systematisch angebaggerten „Spenderkunden“, wie es in internen Protokollen heißt, die regelmäßige Einnahmen in Millionenhöhe garantieren.

In dem Finanzimperium, das Weyrauch aufgebaut hat, verwischen sich Partei- und private Interessen, gewerbliche und gemeinnützige Aktivitäten werden verquickt, dubiose Geschäfte laufen ab.

Doch Weyrauch hat alles im Griff. Ende letzten Jahres schwante den Parteioberen, daß die Spendensammler das Ansehen der CDU beschädigen könnten. Vertreter des wöchentlich erscheinenden Blättchens *Wirtschaftsbild* akquirierten mit CDU-Ausweisen nicht nur Spenden für die Union, sondern auch Abonnements und Anzeigen für *Wirtschaftsbild*. Die Zeitschrift gehörte

H. SCHWARZBACH / ARGUS

Kanzler Kohl
„Tragfähige Beziehung“

dem Verleger Axel Dirk Walter, der mit der CDU seit langen Jahren innig verbandelt war. Er brachte bis Ende Februar auch das CDU-Mitgliedermagazin *Union* heraus.

Doch der anrüchige „Gemischtwarenkorb“, wie die Partei selber in einem internen Protokoll die Verquickung von Spenden und Anzeigen nannte, ließ die CDU zu Jahresbeginn nicht mehr ruhen. Weyrauch mußte ran, und der erarbeitete flugs einen „Maßnahmenkatalog“, um einen möglichen Skandal abzublocken.

Erste Maßnahme: Trennung von Axel Walter (Weyrauch-Kürzel:

„AW“). Telegrammknapp notierte Weyrauch: „AW stellt politisches Risiko für die CDU dar aufgrund dubioser Geschäfte.“

„Aus der Partnerstellung zu AW“, notierte der Wirtschaftsprüfer, sei für die CDU „Schaden zu befürchten“. Es bestehe die Gefahr, daß einstige Mitstreiter „erpresserisch handeln“ könnten.

Die CDU beugte rasch vor: Für rund fünf Millionen Mark kaufte sie im Frühjahr Walter sämtliche Anteile sowohl am *Wirtschaftsbild*-Verlag als auch an der „Union GmbH Kommunikation und Medien KG“ ab, die das Journal *Union* herausbringt.

Ein Schnäppchen für Walter, der Düsseldorfer hatte *Wirtschaftsbild* 1988 von der Union übernommen – die CDU erhielt dafür eine symbolische Mark. Verblüfft fragte der frühere CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep, als er von dem teuren Rückkauf erfuhr: „Wie bitte, fünf Millionen Mark für diese Klitsche?“

Im Frühjahr 1992 hatten Walter-Akquisiteure Helmut Kohl schriftlich über „merkwürdige Praktiken zur Be-

J. H. DARCHINGER

CDU-Schatzmeisterin Baumeister
„Das ist mein Spendenkonto“

Fragwürdige Praxis

Wie die Union mit professionellen Drückern Spenden eintreibt

Wenn sie sich zu Schulungen treffen, erinnert die Atmosphäre an eine Kaffeefahrt. Aber es geht nicht um Schlafdecken oder Kochtöpfe, es geht um Helmut Kohl und die CDU.

„Unser ‚Produkt‘ ist die Union“, steht auf den Schulungsunterlagen. „Wir ‚verkaufen‘ die Union an die deutsche Unternehmerschaft. Unsere Verkaufsobjekte sind Spenden für die CDU.“

Im Jahr der Wahlen, 1994, tourten Dutzende Drücker durchs Land. Veteranen wie Hannes Müller waren darunter, der schon vor fast 20 Jahren für Franz Josef Strauß in Bayern Klinken geputzt hat. Aber auch neue Gesichter, Frischlinge aus dem Osten, die von der wirklich freien Marktwirtschaft träumen.

Die Bettelei bringt was ein. Schätzungsweise 20 Millionen Mark Spenden sammelte die Union in den letzten Jahren mit ihren Drückereien.

Die Handelsvertreter verdienen nicht schlecht beim Spendenkehrein für die Union. Ein kürzlich ausgestiegener Akquisiteur, der 18 Jahre lang für die CDU im Außendienst Geld hereingeholt hat, will ein Jahreseinkommen von rund 200 000 Mark erzielt haben. Von jeder gesammelten Mark durfte er bis zu 35 Pfennig als Provision in die eigene Tasche abzweigen.

Aber nicht nur der Außendienstler hat einen guten Schnitt gemacht, auch seine Kolonnenführer wurden ordentlich belohnt. Die Union warf bis zu 40 Prozent der von ihrem Bettelorden eingesammelten Millionen an die Eintreiber aus.

Das System ist simpel. Da überweist im Sommer 1993 etwa die Chemiefirma Ciba eine Spende über 5000 Mark. Umgehend stellt die CDU eine Spendenbescheinigung aus, unterzeichnet von Jürgen Schornack, dem Adlatus der Schatzmeisterin Brigitte Baumeister.

Was Ciba nicht wußte: Ein Viertel der Spenden, 1250 Mark, floß dem Drücker zu; weitere 15 Prozent, 750 Mark, gingen an seinen Kolonnenführer. Von den ursprünglich gespendeten 5000 Mark blieben der Union gerade mal 3000 Mark.

W. O. WERNKE

CDU-Spendensammler Müller: Patriarch der Kolonne

Der Haken: Die Spender sind meist ahnungslos. Jörg-Viggo Müller, Finanzvorstand bei der Bekleidungsfirma Boss, etwa ist bis heute „definitiv“ der Auffassung, er habe stets direkt an die CDU-Bundespartei gespendet.

Steuerrechtlich ist die Drückerpraxis zumindest fragwürdig. Ob ein Abzug von bis zu 40 Prozent für Provisionen korrekt ist, werden möglicherweise die Finanzgerichte klären.

Die Mimikry der CDU beim Umgang mit den Drückern verrät das schlechte Gewissen. Die selbständigen Außendienstler treten oft als Mitarbeiter des Adenauer-Hauses auf. Hannes Müller, Patriarch einer Drückerkolonne, unterschrieb Briefe, die im Kopf den Titel „Bundesschatzmeister“ trugen. Helfer führte er als „persönlicher Beauftragter des Bundesschatzmeisters“ ein.

Zeitweise ging es zu wie im amerikanischen Film „Manche mögen’s heiß“. Vorn ein ehrwürdiges Institut, hinten ein wilder Salon. Auf den Leumund des Personals kam es nicht an. Der Außendienstler Wolfgang W. etwa wurde wegen Untreue und Konkursbetrug zu gut drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Zuvor saß er zweimal in Untersuchungshaft. Zwischendurch akquirierte er erfolgreich weiter Spenden für die CDU, beim Uhrenhersteller Junghans etwa und bei der Waffenschmiede Mauser.

Es ist ein hartes Geschäft, das auch in den Reihen der Union für Unmut sorgt. So beschwerte sich der baden-württembergische CDU-Schatzmeister Wolfgang Fahr in Bonn einmal wütend über

schaffung von Parteispenden für die Bundespartei“ informiert. Statt Kohl antwortete Weyrauch den Drückern: Kein Grund zur Sorge, alles sei in Ordnung.

Nach den Spendenskandalen der siebziger und achtziger Jahre hatten die Christdemokraten dem Wahlvolk Besserung gelobt, die Parteitransaktionen sollten transparent, die Kassen gläsern sein. Aber nicht einmal die Schatzmeisterin der CDU, Brigitte Baumeister, blickt heute nach knapp drei Jahren Amtszeit durch.

Im Januar reiste Baumeister über Land, um in Vorstandsetagen der Wirtschaft Spenden für die Partei locker zu machen. Der Betteltrip war erfolgreich.

Der Handelskonzern Haniel in Duisburg etwa sagte ihr 20 000 Mark zu. Als der Firmenchef wissen wollte, wohin das Geld zu überweisen sei, hinterließ die Politikerin ihre Visitenkarte: „Das ist mein Spendenkonto“ – Nummer 52955/06 beim Bankhaus Hauck & Sohn in Frankfurt am Main.

Dorthin überwies Haniel den Betrag am 27. Januar und erhielt aus dem Adenauer-Haus prompt eine Spendenbescheinigung, Nummer 60/57596, Unterschrift: Brigitte Baumeister.

Spender Haniel wähnte das Geld bei der Parteizentrale. Doch für das vermeintliche Baumeister-Konto firmiert im Bankhaus Hauck ein anderer als Inhaber: „Diplom-Kaufmann Horst Weyrauch“ steht auf den Auszügen, und als kleiner Zusatz lediglich das Kürzel „TAK CDU/BSM“. Die Abkürzung steht für „Treuhand-Anderkonto CDU-Bundesschatzmeister“.

Mithin hat der parteifremde Steuerberater seine Hand sogar auf dem wichtigsten Spendenkonto der Partei, auf dem mitunter Millionenbeträge liegen. Und wenn die CDU Geld braucht, muß sie Weyrauch fragen.

Bank, eben jenes auf ihrer Visitenkarte.

Die Auskunft ist falsch. Seit Jahren wirbt die Bundes-CDU unter Angabe eines halben Dutzends wechselnder Konten bei betuchten Bürgern um Spenden, beispielsweise das Konto bei der Hauck-Bank mit der Nummer 56040/04. Baumeister: „Das kenne ich nicht.“

Über dieses Depot wickeln professionelle Spendeneintreiber via Weyrauch

Die Abgesandten kassierten hohe Provisionen

ihre Geschäfte ab. Den Spendern war dabei in der Regel nicht bekannt, daß die angeblichen Abgesandten der CDU gewerblich tätige Profis waren, die hohe Provisionen, bisweilen fast die Hälfte der Spenden, kassierten. Spender, die ihre Gaben vollständig in den offiziellen CDU-Kassen wähnen, wurden so getäuscht.

Nachdem der *Stern* im vergangenen Herbst die Praxis der professionellen Spendenbeitreiber publik gemacht hat-

F. ROGNER / NETZHAUT

Union-Pressehaus in Düsseldorf: „Schaden zu befürchten“

Gewissermaßen per Zuruf informierte der Finanzjongleur die Bonner Christdemokraten bislang über die Höhe der eingegangenen Summen, damit im Konrad-Adenauer-Haus die Spendenquittungen ausgestellt werden konnten.

Als der SPIEGEL jüngst von der Schatzmeisterin wissen wollte, ob es noch weitere Spendenkonten der CDU gebe, war die Politikerin „ganz sicher“: „Wir haben nur eins“ – das Konto Nr. 52955/06 bei der Frankfurter Hauck-

te, untersagte die Schatzmeisterin den Vertretereinsatz für die CDU. Inoffiziell aber läuft das Geschäft, trotz aller Dementis, weiter. Für jede Spendenmark kassieren die Parteien seit Anfang 1994 einen staatlichen Zuschuß von 50 Pfennig – das gilt auch für solche Beträge, von denen hernach wieder Drückerprovisionen abgehen.

Die Kontrakte mit den Klinkenputzern wurden von Weyrauch konzipiert. „Ausnahmslos alle Verträge“, so resümiert der Chef einer der Vertreterko-

die „Häufung von Akquisiteuren“ in seinem Revier.

Nach Protesten von Kreisverbänden bekamen Kohls Drücker aus den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland ausgerechnet in der lukrativen Saison vor der Bundestagswahl 1990 Betretungsverbote für die Kreise Olpe, Hochsauerland, Wesel, Pirmasens, Zweibrücken sowie Kaiserslautern-Land.

Neuerdings werden die Spenden-Vertreter für den Einsatz am parteiverdrossenen Kunden geschult. Beispiel aus den Schulungsunterlagen:

Einwand: „Die CDU in Bonn macht soviel Mist.“

Antwort: „Sie haben recht, scharf formuliert, präzise gesehen, werden wir in Bonn vorbringen. Aber: Die wirtschaftliche Basis der Partei muß erhalten bleiben, im Interesse der Rahmendaten für die freie Marktwirtschaft und um unser Reformprogramm nicht zu gefährden. Dafür brauchen wir Ihr finanzielles Engagement.“

Einwand: „Wir unterstützen keine Politiker, die sich die Taschen füllen.“

Antwort: „Diese Beiträge werden nicht für Zuwendungen der Funktionäre und Politiker verwandt, sondern kommen ausschließlich der Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der Wahl zugute.“

Einwand: „Die Partei hat doch Geld genug.“

Antwort: „Leider wandelt sich die ökonomische Situation der Partei zum Negativen. Dies hat schon heute zu Engpässen geführt, so daß die Partei dringend auch auf Ihr Engagement angewiesen ist.“

lonnen, seien von dessen Kanzlei „vorgegeben“ worden.

Weyrauch selbst mag sich zu der Sache nicht äußern. Dem Mann geht Diskretion über alles. „Bei einem Berater“, sagt er, „muß alles Persönliche hintanstehen.“

Seit 1971 kümmert sich der Frankfurter Wirtschaftsprüfer um die Geschäfte der CDU. Damals war Walther Leisler Kiep gerade zum Schatzmeister der Christen-Partei gewählt worden. Der CDU-Vormann hatte den Steuerfachmann Weyrauch als Berater seiner Versicherungsagentur Gradmann & Holler schätzen gelernt. Ob CDU oder Assekuranz: „Der hatte“, sagt Kiep, „immer alle Zahlen parat.“

Dem CDU-Parteivorsitzenden Helmut Kohl war Weyrauch erstmals angenehm aufgefallen, als die Partei Probleme mit dem Fiskus bekam. Steuerfahnder hatten Mitte der siebziger Jahre herausgefunden, daß die CDU der Wirtschaft wertlose Gutachten gegen teures Geld verkaufte. Das war gut für die Parteikasse, schlecht fürs Finanzamt, denn die Wirtschaft setzte die Mondgebühren natürlich von der Steuer ab.

CDU-Berater Weyrauch marschierte nach vorn. In einer Expertise für das Karlsruher Bundesverfassungsgericht schwärzte er 1978 die Spendensünden der anderen Parteien an.

Als der Kanzler wegen einiger Gaben des Flick-Konzerns Mitte der achtziger Jahre in Erklärungsnöte geriet, sprang ihm Weyrauch bei. Als Kiep und dessen Generalbevollmächtigter Uwe Lüthje vor der Wahl 1990 wegen der Parteispen-

700 000 Mark für Plattheiten im Postversand

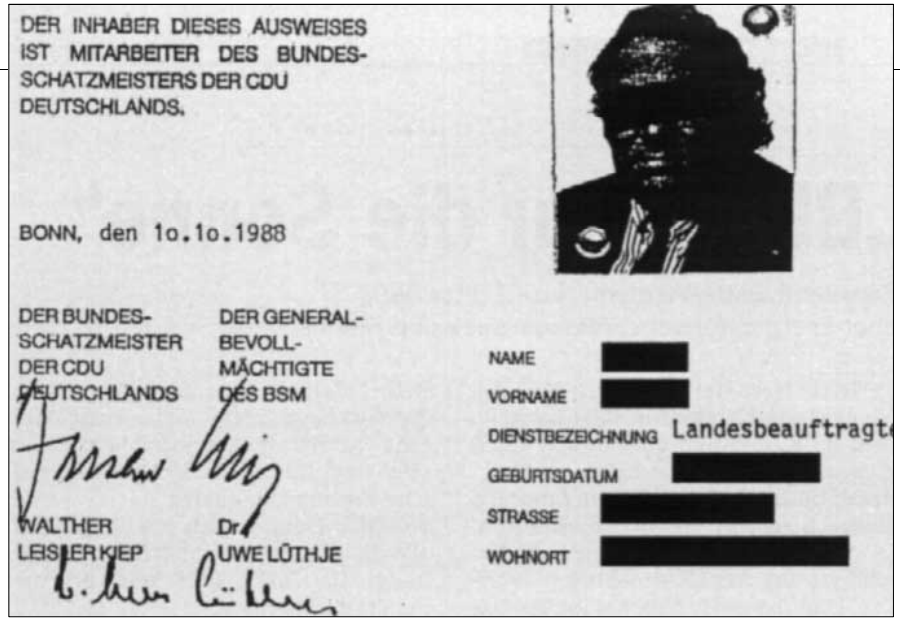
den-Praxis der CDU vor Gericht standen, hielt Weyrauch die Spender bei Laune.

Kiep ging im Machtgerangel seiner Partei unter und verlor 1992 sein Amt. Lüthje, der lange als getreuer Ekkehard von Kohl galt, verabschiedete sich unrühmlich in den Ruhestand – nur Weyrauch blieb.

Für Kohls Günstlingswirtschaft ist der Frankfurter Helfer unverzichtbar. Weil in der Parteizentrale offenbar niemand wissen soll, was die anderen verdienen, muß der Frankfurter Wirtschaftsprüfer ran. Er überweist von der Frankfurter Hauck-Bank etwa die Aufwandsentschädigung für den CDU-Generalsekretär, dazu die Gehälter weiterer Funktionäre.

Selbst wenn einmal Abfindungen für gefeuerte Abteilungsleiter fällig wurden, kamen die Zahlungen von Weyrauch.

Was den Kanzlerhelfer so wertvoll für die CDU macht, ist seine Kreativität im



DER INHABER DIESES AUSWEISES IST MITARBEITER DES BUNDES-SCHATZMEISTERS DER CDU DEUTSCHLANDS.

BONN, den 1o.1o.1988

DER BUNDES-SCHATZMEISTER DER CDU DEUTSCHLANDS — WALTHER LEISLER KIEP

DER GENERAL-BEVOLL-MÄCHTIGTE DES BSM — Dr. UWE LÜTHJE

NAME [redacted]
VORNAME [redacted]
DIENSTBEZEICHNUNG Landesbeauftragt
GEBURTSDATUM [redacted]
STRASSE [redacted]
WOHNORT [redacted]

Ausweis für CDU-Spendensammler: Einnahmen in Millionenhöhe

Steuerrecht. Weyrauch findet, auf Anforderung, stets eine korrekte Lösung, um auch unkonventionelles Geschäftsgebaren so zu gestalten, daß er es am Ende als „steuerlich und rechtlich in Ordnung“ testieren kann.

Weyrauch „weiß, wie man Einnahmen deklariert“, schwärmt ein CDU-Insider. Ständig habe der Wirtschaftsprüfer über das Instrument der „sonstigen Einnahme“ doziert – ein Haushaltstitel, in dem sich allerlei verbergen läßt.

Nach dem Parteiengesetz muß die Herkunft einer jeden Einnahme akkurat im Rechenschaftsbericht ausgewiesen werden. Einzige Ausnahme: Zuwendungen, auch Spenden, die als „sonstige Einnahmen“ verbucht werden, braucht laut Gesetz keine Partei „aufzugliedern und zu erläutern“ – vorausgesetzt, unter der Rubrik werden nicht mehr als

„Schützende Hand“

Kohls Pleite mit der Firma Dico-Soft

Im Juli 1987 gründete CDU-Wirtschaftsprüfer Horst Weyrauch in Bonn die „Dico-Soft GmbH“. Der Frankfurter Wirtschaftsprüfer fungierte als Treuhänder des CDU-Bundesvorstandes. Sitz des Unternehmens war die Parteizentrale, das Konrad-Adenauer-Haus.

Geschäftsführer der Computerfirma wurde ein anderer Kohl-Intimus: Karl Schumacher, 67, zuletzt Hauptabteilungsleiter „Organisation“ der Christen-Partei, persönlich verantwortlich für über 150 Kanzlershows seit 1982. Ein Mann von „zupackender Art“ (Kohl).

Bis hinunter in die Kreisverbände und Vereinigungen sollte der Kohl-Knappe mit Hilfe von Dico-Soft die CDU mit Computern und Dienstleistungen beglücken, um so die Kommunikation mit der Parteizentrale zu verbessern. Außerdem wollte die Union ein paar Hunderttausender nebenher verdienen – mit Aufträgen an Dico-Soft von unionsfreundlichen Mittelständlern und Behörden.

Die Firma war ein Flop. Zwei Jahre nach Gründung hatte Dico-Soft Schulden in Höhe von gut 2,5 Millionen Mark, dazu nicht einlösbare Forderungen an CDU-Geschäftsstellen in Höhe von 1,8 Millionen Mark. Der Konkurs drohte. Die Hiobsbotschaft wurde dem Kanzler von Weyrauch überbracht. Kohl sei „entgeistert“ gewesen, erinnerte sich der Wirtschaftsprüfer der CDU später.

Die Pleite war mit dem Namen Helmut Kohl verbunden. Damals, im Herbst 1989, stand Kohl wieder einmal auf der Kippe. Kritikergruppen um die damaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth und Ernst Albrecht wollten den CDU-Vorsitzenden auf dem Bremer Parteitag stürzen.

Dico-Soft wurde zur Pflege der CDU-Landschaft eingesetzt. Penibel hatte Geschäftsführer Schumacher die Landes-, Bezirks- und Kreisverbände sortiert, in denen die Rebellen auf Unterstützung hoffen durften. Sofort flossen in diese Regionen allerlei Präsente von Dico-Soft.

J. H. DARCHINGER

Schumacher

Die Gaben stimmten die Basis günstig. Die Meuterer oben hatten plötzlich kein Fußvolk mehr. Der Putsch scheiterte. Mit 77,4 Prozent wurde Kohl in Bremen wiedergewählt.

Anschließend wickelte Weyrauch Dico-Soft ab. In zwei vertraulichen Berichten analysierte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Weyrauch & Kapp GmbH die Probleme der Firma. Schumacher, so das Fazit, habe „nicht die Erfordernisse einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung“ erfüllt. „Lediglich die gesellschaftlichen Besonderheiten bei der Dico-Soft und die ‚schützende Hand‘ der BG (Bundesgeschäftsstelle) als Mehrheitsgesellschafter bewahren Herrn Schumacher bei der gegebenen Sachlage vor einer Inanspruchnahme Dritter“.

Kaum einer der gewählten Kontrolleure im Parteivorstand erfuhr von der Weyrauch-Prüfung. Die Berichte wurden nur in wenigen Exemplaren aufgelegt.

Bald verschmolz die Computerfirma mit der Union Betriebs-GmbH, einer gewerblichen CDU-Tochter. Die Kosten der Aktion zur Rettung des Parteivorsitzenden konnten so gut versteckt werden. Schumacher war zu dieser Zeit längst bei Dico-Soft ausgestiegen, ohne Regreß natürlich.

Sein Chef ließ ihn nicht verkommen. Obwohl sich Schumacher 1993 ins Altenteil verabschiedet hatte, holte Kohl im Bundestagswahlkampf 1994 den Rentner aus dem rheinischen Wesseling wieder zurück. Für 100 000 Mark Honorar inszenierte der Pensionär – wie in alten Tagen – rund 50 Kundgebungen des Kanzlers.

fünf Prozent der Gesamteinnahmen versteckt.

Das gibt einer Bundespartei mit einem Gesamtetat von rund 60 Millionen Mark im Jahr viel Spielraum, und Weyrauch versteht ihn zu nutzen: Den Haushaltstitel „sonstige Einnahmen“, weiß ein hoher CDU-Funktionär, habe der Frankfurter längst zu einem selbst für Parteikontrolleure nicht zugänglichen Spezialfonds umgeschmiedet. Das hilft vor allem einem – Kohl, etwa 1987, als es CDU-internen Streit um eine Steuerreform gab. Um seine Position unters Parteivolk zu bringen, versandte der Vorsitzende damals einen persönlichen Brief an alle CDU-Mitglieder. Sein Appell: Die CDU „ist die große Volkspartei der Mitte, und sie wird es bleiben“.

Die Plattheiten im Postversand verschlangen mehr als 700 000 Mark an Porto. Als die CDU-Sozialausschüsse die Summe bemäkelten, verteidigte sich Kohl: „Das Geld ist ja nicht aus dem normalen Etat gekommen. Das konnte ich glücklicherweise in einer anderen Weise zusammenbringen.“

Hinter dem Coup steckte Weyrauch, das Geld kam aus dem Vielzwecktitel „sonstige Einnahmen“.

Der Kanzler nutzte viele Tricks, um sich bei den Landesverbänden beliebt zu machen. Da bekamen mal die Niedersachsen, mal die Hamburger eine halbe Million Mark zugesteckt, mal wurden die Christdemokraten an der Saar von ihren Schulden befreit – des Kanzlers Spendierfreude kannte keine Grenzen, wenn es um den Machterhalt ging.

Die neueste Geldquelle der CDU sprudelt aus einem alten Rohr. Anfang des Jahres saß im „Gästehaus“ in Halle ein knappes Dutzend Leute bei Kaffee und Käsebrötchen zusammen. Der Gastgeber, ein gewisser Axel Gränitz aus München, hatte die Ostdeutschen mit der Aussicht auf blühende Geschäfte geladen. „Wir haben“, verkündete Gränitz, „den Auftrag übernommen, für die CDU Bonn tätig zu sein“, und zwar mit einem „rein professionellen Management in Sachen Finanzen“.

Der Gränitz-Vorschlag hörte sich verheißungsvoll an: Die künftigen Vertreter sollten für das CDU-Blatt *Wirtschaftsbild* Abonnements und Anzeigen an Unternehmen verkaufen. Der Vorteil für die Auftraggeber liege, so Gränitz, klar auf der Hand: Während nach dem neuen Parteiengesetz die Firmen „keine Spenden beim Finanzamt absetzen können“, seien Anzeigen sehr wohl steuermindernd.

Auch diese Lücke im Parteiengesetz hatte der Kanzlerhelfer Weyrauch im Sinn, als er der Partei empfahl, ihre alten Blätter zurückzukaufen. Ziel der Aktion, so schrieb der Experte, sei „eine Erhöhung des Anzeigenaufkommens“. ❑

SPIEGEL-Gespräch

„Bleibt nur die Sonne“

PreussenElektra-Vorstand Hans-Dieter Harig über Energie-Konsens, Atomausstieg und Stromsparen

SPIEGEL: Herr Harig, wo wird über den Neubau von Kernkraftwerken entschieden: im Kanzleramt oder in den Chefetagen der Stromkonzerne?

Harig: Solche Entscheidungen brauchen natürlich einen politischen Konsens. Doch letztlich treffen diejenigen die Beschlüsse, die das Geld dafür bereitstellen. Und das sind, neben anderen Unternehmen, auch wir.

SPIEGEL: In Bonn drängeln die Politiker, von Kanzleramtschef Bohl über Rexrodt bis zur Umweltministerin Merkel, auf verbindliche Zusagen, die „Option Kernenergie“ festzuschreiben.

Harig: Das Anliegen der Bundesregierung ist – ebenso wie unseres – vor allem, daß Technik und Know-how nicht verlorengehen. Das Know-how steckt in den Köpfen und ist am besten zu erhalten, wenn die Leute was tun, beispielsweise einen Reaktor planen. Aber von Bonn aus kann das nicht verordnet werden.

SPIEGEL: Steht denn für die PreussenElektra, einem der größten deutschen Kernkraftwerkbetreiber, derzeit überhaupt ein neuer Reaktor zur Debatte?

Harig: Wir haben klare Kriterien, wann ein Neubau Sinn macht. Erstens muß es Bedarf dafür geben, zweitens muß ein genehmigungsreifes und wirtschaftliches Kernkraftwerkmodell entwickelt sein, und drittens muß es breite politische Zustimmung finden.

SPIEGEL: Derzeit sind, wie uns scheint, alle drei Kriterien nicht erfüllt.

Harig: Im Jahre 1995 sind die drei Punkte nicht erfüllt.

SPIEGEL: Die Bundesregierung will an der Atomkraft festhalten, Sozialdemokraten und Grüne fordern den Ausstieg. Sehen Sie da Chancen für einen Konsens?

Harig: Ich hoffe, daß es diese Chance noch gibt, wir brauchen den Konsens, nicht nur für einen eventuellen Neubau, auch für den geordneten Weiterbetrieb der Reaktoren und die Entsorgung. Aber es geht bei der Kernenergie wohl um einen Überzeugungskonflikt, der ist nicht mit einem Kompromiß zu lösen. Seit Tschernobyl ist die Gesellschaft gespalten. Die politischen Parteien auf beiden Seiten haben Positionen, die sie anscheinend momentan nicht verlassen können.

SPIEGEL: Also eine Blockade. Kann man sich da nicht die neuen Gespräche nächste Woche sparen?

Harig: Nein, ich glaube nicht. Wir müssen einen Weg finden, um in diesem Land mit der Kernenergie vernünftig zu leben und

Hans-Dieter Harig

ist Vorstandsvorsitzender der PreussenElektra in Hannover, einem der größten deutschen Stromerzeuger. Die Veba-Tochter, Jahresumsatz 15,8 Milliarden Mark, ist an einem Drittel aller Kernkraftwerke in Deutschland beteiligt. Der gelernte Ingenieur Harig, 57, sieht derzeit keinen Entscheidungsbedarf für neue Atommeiler. Er hofft auf einen Energiekonsens bei den kommende Woche anlaufenden Gesprächen zwischen Regierung und Opposition: „Womit wir unser Geld verdienen, ob mit oder ohne Kernkraft, ist zunächst einmal egal.“

W. SCHMIDT / NOVUM

Das Gespräch führten die SPIEGEL-Redakteure Sebastian Knauer und Christiane Kohl.